



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 28. Januar 2016 im röm. kath. Pfarreizentrum in Dulliken 19.40 – 22.00 Uhr

Stimmberechtigte im Saal:	44, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr:	23
Gäste:	7
Entschuldigt:	
Geschäftsleitung:	Irene Meier-Reber, Max Schmid, Dieter Ulrich, Peter Gomm
Kantonsratsfraktion:	Stefan Oser, Fränzi Burkhalter, Simon Bürki, Fabian Müller, Anna Rüefli, Thomas Marbet, Luzia Stocker, Urs von Lerber
Rechnungsprüfungskommission:	Simon Bürki, Fatma Tekol, Thomas Marbet
Fachausschuss:	-
Sektionen:	Willi Bhend (Fulenbach), E.+R. Hartmann (Gempen), Walter Husi (Hägendorf), Mathias Racine (Mühletal), Bea Schibler (Zuchwil)

Geschäftsliste

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages
2. Wahl der Stimmenzähler/innen
3. Genehmigung der Geschäftsliste
4. Genehmigung Protokoll vom 19. Oktober 2015
5. Kantonale Vorlage – Parolenfassung
 1. «Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme; Wehr Biberist bis Aare»
Bewilligung eines Verpflichtungskredites
Markus Ammann, Kantonsrat
6. Nationale Vorlagen
 1. Volksinitiative vom 5. November 2012 **«Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe»**
Roberto Zanetti, Ständerat
 2. Volksinitiative vom 28. Dezember 2012 **«Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)»**
Susanne Schaffner, Kantonsrätin

3. Volksinitiative vom 24. März 2014 **«Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»**
Bea Heim, Nationalrätin
4. Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (**Sanierung Gotthard-Strassentunnel**) vom 26. September 2014
Pro: *Hans Grunder, Nationalrat (BDP)*
Kontra: *Philipp Hadorn, Nationalrat (SP)*
7. Verschiedenes

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

Franziska Roth begrüsst die anwesenden Delegierten, Roberto Zanetti, Bea Heim, Philipp Hadorn, Hans Grunder, 7 Gäste und die Presse. Entschuldigt haben sich zahlreiche Sektionen und Regierungsrat Peter Gomm.

Für die Begrüssung der Sektion Dulliken werden Andrea Bolliger und Shirkou Moradi an das Rednerpult gebeten.

Andrea Bolliger, Sektionspräsidentin, ich begrüsse euch ganz herzlich zum Parteitag hier im schönen Dulliken. Seit einem Jahr amte ich als Sektionspräsidentin und freue mich, dass jetzt einer unserer Gemeinderäte euch die Gemeinde Dulliken vorstellt.

Shirkou Moradi, Gemeinderat Liebe Präsidentin, liebe Genossinnen und Genosse. Gerne präsentiere ich euch anhand einiger Bilder die Einwohnergemeinde Dulliken:





**Gemeinderat
Dulliken**



Martin Wyss

- Gemeindevizepräsident
- Ressortleiter Bildung
- Seit 23 Jahren im Rat



Shirkou Moradi

- Ressortleiter Kultur und Jugend
- Seit 3 Jahren im Rat

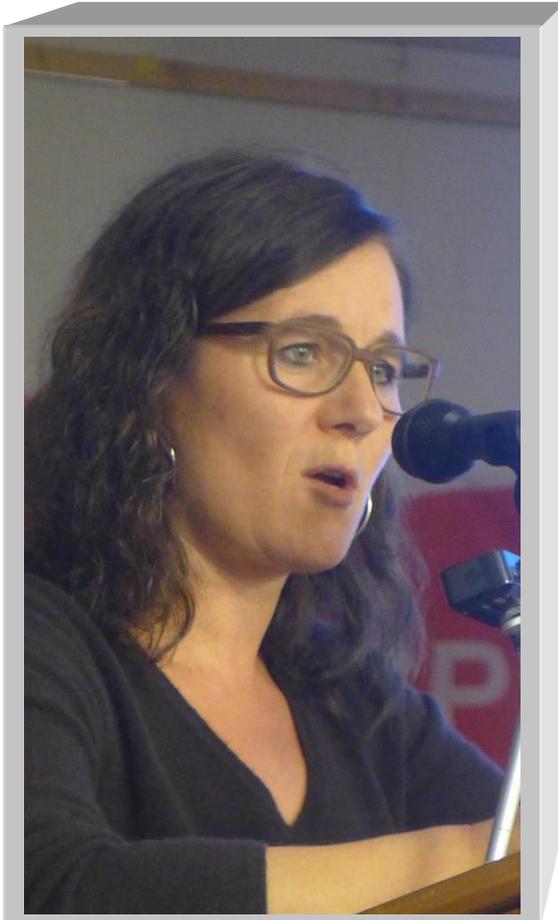
Grossprojekte, welche Dulliken stark betreffen: Eppenbergtunnel, Hochwasserschutz und Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (u.a. Tempo 30). Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche einen angeregten Politabend.

Eröffnungsrede der Parteipräsidentin Franziska Roth

Liebe Genossinnen und Genossen. Eigentlich bin ich ein rundum zufriedenes Wesen und kann beim besten Willen vor allem nur auf mich selber oder dann die Menschen, die mir ganz ganz nahe stehen auch mal so richtig wütend werden. Grundsätzlich diskutiere ich mit jedem über alles und nehme mir auch Zeit, wenn ich eigentlich finde mein Gegenüber sei im letzten Jahrhundert stecken geblieben. Doch gestern liebe Genossinnen und Genossen bin ich das erste Mal in meiner Karriere einem Kantonsratskollegen bei seinem Votum demonstrativ davongelaufen und heute habe ich die 5 Minuten Pause 3 Minuten überzogen, weil ich wutentbrannt ein politisches Telefonat wegen einer Gemeinde machen musste. Habt ihr das heute gelesen liebe Anwesende? Egerkingen verbietet den Kindern auf dem Schulareal in ihrer Muttersprache zu reden!

Und das in einem Land, das 4 Landessprachen kennt! Geits eigentlich no? Genau so schafft man Nährboden für Rassismus! Genauso mobbt man selber um Mobbing zu verhindern! Genauso kriminalisieren in einigen Ländern Diktatoren Bevölkerungsgruppen! Genauso verhindert man, dass die Kinder Fremdsprachen (z.B. Französisch und Englisch) mit Freude lernen und sogar auf dem Pausenplatz anwenden! Genauso verhindert man eine gute Schule! Pausen zu machen ist das zentrale Element um überhaupt lernen zu können! Pause machen heisst unter anderem frei zu sein, in der Sprache sprechen dürfen, in der man lebt, fühlt und liebt! Diese so genannt „Klare Linie“ wie die neue Regel die Gemeindepräsidentin nennt ist weder für die Freiheit der Kinder noch für die Arbeit der Lehrpersonen gut! Wir haben bei uns 2 Kinder aus Afrika, deren Muttersprache ist Französisch! Sie bereichern die Pause damit, dass unsere "Französischlehrlinge" freiwillig in der Pause Französisch sprechen! Eine Landessprache. Und jetzt soll mir niemand sagen: Ja mit Deutsch meinen wir auch Franzö-

sisch und Englisch. Dieses lächerliche Grauzonenverbot richtet sich eindeutig gegen Fremde! An Schulen integriert man am besten mit klaren Linien, ja da gebe ich Egerkingen sogar recht! aber nicht mit noch mehr Sprachhürden. Und ganz unverständlich ist die Stellungnahme des VSA, so sagt Andi Walter, dass sie solche Bestimmungen begrüßen, sogar pädagogisch sinnvoll soll das sein!



Zum Glück habe ich aber den Humor nicht ganz verloren und mit Ironie sage ich: Klar Herr Walter man kann auch etwas ganz klar Gutes darin sehen: Egerkingen ist die migrantenfreundlichste Gemeinde, sie finanziert in Zukunft aus ihrer eigenen Kasse viele Lektionen DAZ, Deutsch als Zweitsprache, für die sonst doch vorwiegend der Kanton zuständig ist, denn ich bezweifle, dass man solch teure Kurse den Eltern auferlegen kann und so muss wohl dann die Gemeinde diese finanzieren.

Und noch kurz ein Wort zu gestern! Läck mir het mi dä Ma gnärvt. Da kommt so ein alternder Chigolo daher und will uns weismachen, was wir Frauen brauchen und was nicht! In der griechischen Philosophie gibt es dafür einen Begriff: Misogynie! Da war gestern ein richtiger **Misogynos** ein „Weiberfeind“. Das kannte man schon in der griechischen Antike das waren schon damals Menschen starke Abneigung gegen Frauen hatten. Misogynie drückt sich in frauenfeindlichen Äußerungen und Polemiken in der Literatur wie in der Alltagssprache aus

und manifestiert sich in vielfältigen Formen einschließlich restriktiven Regelungen und Gesetzen die man gezielt fordert. Menschen die der Misogynie verfallen sind nehmen Frauen als eine Bedrohung war, besonders solche Frauen, die eine alternative soziale Rolle von Weiblichkeit lebten. Eines sei noch gesagt: Er erzählte neben dem frauenfeindlichen Blödsinn auch noch medizinische Unwahrheiten! So behauptete er, dass Frauen keinen Stimmbruch durchmachen würden! Blödsinn!! Sie bekommen ihn einfach früher und werden nicht höher, sondern tiefer! Tja, aber vielleicht liegen diese komischen Ansichten daran, dass er wohl in den Wechseljahren ist steckt. Denn die Forschung belegt, dass auch Männer ein Klimakterium durchmachen. Ein typisches Symptom ist: sie sind verwirrt und wissen nicht was mit ihnen los ist! Tja ich werde ihn bei Gelegenheit einweihen!

Liebe Genossinnen und Genossen,
So, jetzt geht es mir besser und ich bin parat für eine engagierte Diskussion zu den Vorlagen. Ich bin jetzt wieder die, die sich auf unterschiedliche Meinungen und faire Argumente freut und jetzt schon allen Referentinnen und Referenten dankt, dass sie sich sachlich und fundiert vorbereitet haben.

2. Wahlen Stimmenzähler/innen / Wahlbüro

Rolf Winzenried, Grenchen
Christine Bigolin, Aetigkofen
Daniela Gerspacher, Oensingen

Beschluss: Die Stimmenzähler sind einstimmig gewählt

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Beschluss: Die Geschäftsliste wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung Protokoll

19. Oktober 2015

Beschluss: die Protokolle werden einstimmig genehmigt und verdankt.

5. Kantonale Vorlage - Parolenfassung

«Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme; Wehr Biberist bis Aare» Bewilligung eines Verpflichtungskredites
Markus Ammann, Kantonsrat

Markus Ammann, geschätzte Präsidentin, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste. Diese Vorlage wird wohl nicht gross umstritten sein, aber dennoch möchte ich euch diese erläutern und aufzeigen, warum diese Investition durchaus Sinn macht.

(Markus Ammann präsentiert eine Power Point)

Es gibt nur eine kantonale Vorlage über welche abgestimmt wird. Warum betreibt man Hochwasserschutz? Hochwasserschutz wird seit 50 Jahren betrieben. Früher ging es um Landgewinne, aber auch darum, Überschwemmungen zu verhindern. Diese gab insbesondere, weil man in der Schweiz viel Wald gerodet hat, deshalb das Wasser rasch abfliessen konnte und es im Unterlauf deshalb zu Überschwemmungen kam. Aber, dadurch konnten durch Begradigungen auch Überschwemmungen verhindert werden, wobei dadurch die Abflussgeschwindigkeit zunahm und bei sehr viel Wasser die Auswirkungen verheerend waren. Man stellt fest, dass sich die Siedlungsgebiete früher hin zu den Gewässern ausgebreitet haben, der ökologische Aspekt vernachlässigt wurde und es aus diesen Gründen zu grossen Schäden gekommen ist. Der Kanton Solothurn hat drei grössere Flüsse, die Aare, die Emme und die Dünern. Bei all diesen grösseren Gewässern plant der Kanton Solothurn noch weitere Schutzmassnahmen, für die Umwelt und als Massnahme gegen Schäden bei Hochwasser. Im Jahr 2010 wurde im Zusammenhang mit dem oberen Teil des Unterlaufs der Emme an der Urne einen Kredit gutgeheissen. Diese Arbeiten sind abgeschlossen und bewähren sich bestens. Vor 2 Jahren hatten wir einen positiven Urnenentscheid für Massnahmen an der Aare im Niederamt und jetzt geht es um den 2. Abschnitt der Emme von Biberist bis zur Mündung in die Aare.

Auf der alten und neuen Gefahrenkarte kann man sehen, wie sich dank den Massnahmen an der Emme und an der Aare im Niederamt die Gefahrenzonen massiv

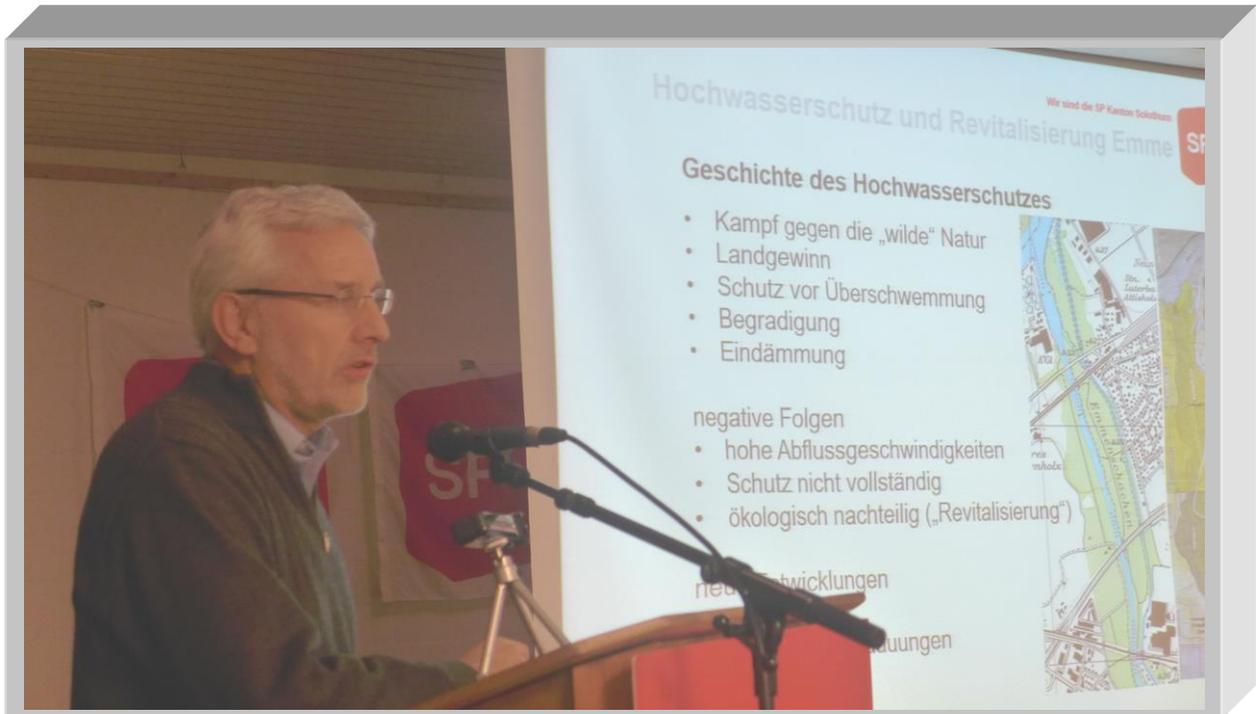
zurückgezogen haben. Dadurch sind Wohn- und Industriegebiete nicht mehr erheblich gefährdet.

Was will man damit konkret erreichen?

Wirtschaft: ausgewogenes Nutzen-Kosten-Verhältnis, geringe Unterhaltskosten.

Gesellschaft: wirksamer Hochwasserschutz, hoher Erholungswert.

Umwelt und Ökologie: naturnaher Gewässerraum, intaktes Ökosystem



Damit diese Ziele erreicht werden, wird eine alte Abwasserreinigungsanlage abgebrochen, drei alte Deponien saniert und im Wasserbau Schwellen und Rampen eingebaut, erneuert oder entfernt und Verklauungen, Seitengewässer und Entlastungskorridore erstellt. Die Flüsse sollen also generell mehr Platz erhalten, die Ökologie aufgewertet werden und der Zugang zu den Gewässern gewährleistet bleiben.

Kosten:

Bei der Abstimmung geht es um die Frage der Kreditbewilligung von brutto über 70 Mio. Franken. Von diesem Betrag muss jedoch infolge Sanierung von Deponien abgezogen werden. Das eigentliche Hochwasserprojekt kommt demnach auf etwas über 50 Mio. Franken. Und wer zahlt dies letztendlich? Die Kosten für die Altlasten teilen sich Bund und der Altlastenfonds des Kantons und der Wasserbau der Bund mit 36%, die Gemeinden und Dritte mit 10% und der Kanton mit 74% inkl. der Sanierung der Deponien. Generell kann man sagen, für 1 Franken investiertes Geld, können 1,50 Franken Schadenkosten verhindert werden, es soll also auch rentieren.

Zum Schluss kann man sagen, dass die Erfahrungen mit den bisherigen Projekten gut sind, diese bei der Bevölkerung gut ankommen und es dagegen kaum eine Opposition gibt. Der Regierungsrat, der Kantonsrat, die Parteien und die Gemeinden befürworten das Projekt, dies trotz «nun» lokalem Nutzen. Dennoch sind solche Vorhaben nur gemeinsam zu stemmen und nur mit einer kantonalen Solidarität zu verwirklichen.

Es gibt keine Gründe gegen diesen Verpflichtungskredit zu sein und bitte euch die Ja-Parole zu beschliessen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit (Applaus)

Franziska Roth dankt Markus Ammann für die Präsentation.

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten einstimmig die JA-Parole.

Diskussion: keine Wortbegehren

Beschluss: Die Delegierten beschliessen einstimmig die JA-Parole zum Verpflichtungskredit für das Projekt Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme, Wehr Biberist bis Aare.

6. Nationale Vorlagen

Franziska Roth teilt mit, dass bei so wichtigen Abstimmungen wie am 28. Februar 2016 sie entschieden habe, entgegen den bisherigen Gepflogenheiten, zu jeder Vorlage eine Parole zu fassen und erteilt Roberto Zanetti das Wort und bittet ihn zu erläutern, was es denn mit heiraten auf sich hat.

1. Volksinitiative vom 5. November 2012 «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe» (CVP)

Roberto Zanetti, Ständerat

Liebe Genossinnen und Genossen, warum ausgerechnet ich zur Heiratsstrafe sprechen soll, war mir im ersten Augenblick nicht ganz klar. Aber immerhin, soeben haben wir viel über die Revitalisierung von Flüssen gehört und als Präsident des Fischereiverbandes kann ich knapp ein Fischstäbchen von einer Forelle unterscheiden. Und solange katholische Pfarrer Ehevorbereitungskurse erteilen dürfen oder können, kann auch ich Fischerpräsident sein und zur Heiratsstrafe sprechen. Jedoch kann ich nicht beurteilen wie viele aller Verheirateten damit wirklich gestraft sind. Bei der einen oder anderen Person kann man dies vermuten, aber mit Steuern hat dies wenig oder gar nichts zu tun.

Ich lese euch kurz den Initiativtext vor, welcher bei Annahme in der Bundesverfassung zu stehen käme:

Art. 14 Abs. 2 (neu)

2 Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.

Aus verschiedensten Gründen beantragt die SPS diese Initiative abzulehnen.

1. Ehebegriff: «...auf Dauer angelegt...» ist schon sehr optimistisch.
2. «...gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau». Damit würden alle anderen Partnerschaftsmodelle ausgeschlossen und wir sind der Mei-

- nung, dass sich die Gesellschaft gewandelt hat und man nicht mit Ehebegriffen aus dem letzten Jahrhundert operieren soll.
3. Die gemäss Initiativtext angestrebte Wirtschaftsgemeinschaft, schliesst die von der SPS favorisierte Individualbesteuerung aus.
 4. Bezüglich Kosten geht man von bis zu 2,3 Milliarden Franken Mindereinnahmen aus. Bund und Kantone können sich diese Ausfälle schlicht nicht leisten.
 5. Gemäss Botschaft des Bundesrates betrifft die sog. Heiratsstrafe ca. 80'000 Ehepaare, oder anders gesagt ca. 3%. Dies bedeutet, dass für relativ wenige Personen sehr viel Geld geopfert wird. Wir sind der Meinung diese Mittel könnten sinnvoller eingesetzt werden, als reiche Ehepaare damit zu entlasten.



Als Junggeselle muss ich sagen, wer heiratet hat sehr viele Vorteile, so dass dieser Beitrag an die Gesellschaft sehr gut entrichtet werden kann. Im Übrigen haben SP und FDP heute an einer gemeinsamen Medienkonferenz kundgetan, dass sie gemeinsam die Individualbesteuerung einführen möchten, denn diese sei das einzig gerechte System für die Personenbesteuerung.

Ich bitte Euch die Initiative abzulehnen, Merci. (Applaus)

Franziska Roth dankt Roberto Zanetti für seine wie gewohnt unterhaltsame Ausführungen.

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten einstimmig die NEIN-Parole.

Diskussion: keine Wortbegehren

Beschluss: Die Delegierten beschliessen einstimmig die NEIN-Parole zur Volksinitiative vom 5. November 2012 «Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe»

Applaus

2. Volksinitiative vom 28. Dezember 2012 **«Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)» (SVP)**

Susanne Schaffner, Kantonsrätin

Liebe Genossinnen und Genossen. Mein Thema ist etwas ernster als das Vorangehende. Roberto sagt normalerweise, *ich komme soeben aus einer Kommissionssitzung und daher etwas müde*, ich komme soeben von einer Einvernahme eines Strafverfahrens im Zusammenhang mit einem Sexualdelikt – der Täter ist übrigens ein Schweizer.

Wie bei vergangenen Initiativen aus den gleichen Kreisen, wird auch jetzt wieder mit der Angst operiert: Angst vor Täter, vor Ausländer, vor Verbrecher, vor Fremdbestimmung und die «Anliegen» werden jeweils auch sehr wirkungsvoll gegen aussen verkauft. Auch bei dieser Initiative scheint das Geschäft mit der Angst und der damit zusammenhängenden subjektiven Sicherheit, zu funktionieren, obwohl objektiv gesehen die Sicherheit in unserem Land gewährleistet ist. Daher nützt es auch nichts mit Zahlen und Tabellen zu argumentieren, auch wenn gerade bei Sexualdelikten gerade sehr viel Schweizer Bürger involviert sind. Damit solche Straftaten geahndet werden können, braucht es keine neuen Gesetze. Das Strafrecht bietet dazu genügend Rechtsmittel.



DARUM GEHT ES

2010 sagten 53 % Ja zur Ausschaffungsinitiative. Das Parlament hat diesen Verfassungsartikel in einer harten Linie umgesetzt. Aber es wurde eine Härtefallklausel vom Parlament ins Gesetz aufgenommen, nämlich, dass das Gericht in Ausnahmefällen von einer Ausweisung zusätzlich zur Strafe absehen kann. Bereits Ende 2012, lange vor Ablauf der Umsetzungsfrist, hat die SVP die Durchsetzungsinitiative nachgeschoben. Die Ausweisung soll ohne Ausnahme zur Anwendung kommen, eine Prüfung des Einzelfalles wird ausgeschlossen.

GEFÄHRLICHE AUSHEBELUNG DES RECHTSSTAATES

Die Initiative verletzt die Grundrechte, die Grundwerte unserer eigenen Verfassung. Der Initiativtext setzt sich gleich selber an die Stelle des Gesetzgebers und nimmt den Gerichten jeglichen Spielraum. Das verletzt das Prinzip der Gewaltenteilung doppelt. Ein Ja wäre ein Systembruch mit unabsehbaren Folgen für die Rechtsordnung und die Rechtssicherheit.

VERSCHÄRFUNGS-STATT DURCHSETZUNGSINITIATIVE

Das Label «Durchsetzungsinitiative» erweckt den Eindruck, dass etwas längst Beschlossenem zum Durchbruch verholfen werden soll. Das ist ein Etikettenschwindel, weil die Durchsetzungs-initiative und der Delikte Katalog weit über das hinausgehen, was seinerzeit eine knappe Mehrheit beschlossen hatte. Sie setzt die Ausschaffungs-initiative nicht durch, sondern verschärft sie.

MENSCHENVERACHTENDE ZWEI-KLASSEN-JUSTIZ

Personen ohne Schweizer Pass sollen auch wegen leichten Delikten automatisch ausgeschafft werden –sogar, wenn sie in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind. Sie werden zu Menschen zweiter Klasse degradiert. «Das Strafrecht wird zur Selbstschussanlage» (zit. Ständerat Jositsch).

Opfern von häuslicher Gewalt wird das Damoklesschwert der Ausweisung bei Strafanzeigen zur Hypothek.

In diesen Fragen wird immer nur von den Tätern gesprochen und – es wird moniert, die Härtefallklausel sei ein «Täterschutz-Artikel». Gerne möchte ich ein Beispiel schildern, welches das Gegenteil beweist, falls die Initiative angenommen würde und welche Auswirkungen dies für das oder die Opfer hätte.

Nehmen wir den Täter H, in der Schweiz geboren, jedoch nicht eingebürgert. IN jungen Jahren fuhr er über ein Rotlicht und kassierte eine Geldbusse. Jahre später kam es in ein einem Streit mit seiner Frau zu einer leichteren Körperverletzung. Eine alltägliche Situation, nicht schön aber Realität. Die Ehefrau könnte jetzt ihren Mann wegen leichter Körperverletzung anzeigen und dieser würde ohne wenn und aber ausgeschafft. Die Familie steht vor dem Nichts, denn die Unterhaltsbeiträge bleiben aus und damit die Existenz auf dem Spiel. Deshalb wird sich Frau sagen, ich kann deswegen meinen Mann nicht anzeigen. Sie will eigentlich erreichen, dass ihr Mann mit der Gewalt aufhört, wird diesen jedoch aus den genannten Gründen nicht anzeigen. Nun soll noch jemand kommen, man schütze mit dieser Initiative die Opfer. Einerseits werden die Staatsanwälte im Zweifel die Körperverletzung nicht gutheissen und andererseits wird es von den Tätern in viel weniger Fällen zu Geständnissen kommen.

Die Schweiz ist ein gut funktionierender Rechtsstaat. Diese Initiative will das fixfertige Gesetz in die Verfassung schreiben, was es noch nie gegeben hat. Richter werden überflüssig, denn die «Selbstschussanlage» ist damit installiert. Ein Abwägen nach bestem gesetzlichen Wissen und Gewissen ist nicht mehr möglich. Das ist reine Willkür und bedeutet die Aushebelung des Rechtsstaates. Und, es darf und kann nicht sein, dass das Volk alle Details beschliessen soll, dafür haben wir das Parlament und den Bundesrat, die dafür gewählt sind an den Gesetzen zu feilschen und die besten Lösungen zu finden.

Ich hoffe schwer, dass der ersehnte Aufschrei in der Bevölkerung noch kommt und erkannt wird, dass mit dieser Initiative all unsere Errungenschaften auf dem Spiel ste-

Kantonaler Parteitag, 28. Januar 2016

hen und brandgefährlich ist. Bitte geht alle an die Urne, stimmt nein und schaut, dass ihr noch ganz viele andere mitnehmen könnt. (Applaus)

Franziska Roth dankt Susanne Schaffner für die Präsentation mit all den wichtigen Hinweisen.

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten einstimmig die NEIN-Parole.

Diskussion: keine Wortbegehren

Beschluss: Die Delegierten beschliessen einstimmig die NEIN-Parole zur Initiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)»



3. Volksinitiative vom 24. März 2014 «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln! »

Bea Heim, Nationalrätin

Liebe Genossinnen und Genossen, Spekulationen mit Nahrungsmitteln trifft die Ärmsten und ist dafür verantwortlich, dass tausende Menschen in den Hungertod getrieben werden, oder ihre Länder infolge Hoffnungslosigkeit verlassen. Auf der ganzen Welt hungern rund 1 Milliarde Menschen, dies trotz weltweit genügend Nahrungsmitteln. Spekulationen treiben die Kosten in die Höhe und die Menschen in die Flucht. Alle 5 Sekunden stirbt ein Kind infolge Hunger. Klar gibt es auch noch andere Gründe für den Hunger wie die Natur und die Wirtschaftslage. Aber die Spekulation mit Nahrungsmitteln trägt einen wesentlichen Beitrag zum weltweiten Hungerelend bei, weshalb man dies stoppen muss.

Ich bin stolz auf die Juso, welche diese Initiative lanciert und eingereicht hat.

Wie funktionieren eigentlich diese Spekulationen? Der Landwirt weiss über die zahlreichen unberechenbaren Faktoren betreffs seiner Ernte, geht deshalb zum Händler und bittet diesen um einen garantierten Preis. Dann kommen bereits die Termingeschäfte. Damit die Verhandlung zwischen dem Landwirt und dem Händler etwas «erleichtert» werden soll, schaltet sich nochmals ein Zwischenhändler ein und bekommt dafür eine Provision, zugleich will er die Verluste des Landwirts tragen, wenn die Preise der Ernte sinken. Steigen die Preise jedoch, nimmt der Terminhändler die Differenz für sich. Das gleiche bietet der Terminhändler auch dem Händler an, an den sich der Landwirt zuerst gewandt hat. Mit diesem Vorgehen steigen die Preise, aber nicht mal diese Mechanismen will man mit der Initiative stoppen, sondern die Geschäfte dahinter. Denn auf diesen Abmachungen zwischen Landwirt und Zwischenhändler wird weiter spekuliert. Diese Futures (Termingeschäfte) werden dann schliesslich wie Wertpapiere gehandelt. Die Zunahme dieser Futures ist markant: Während es 2002 noch 11 x mehr Futures gab als Weizen, lag dieser Multiplikator 2012 bereits bei 30! Es werden Futures gekauft, verkauft, gewettet auf Gewinne und Verluste und das Preiskarussell dreht sich immer weiter – meistens in die Höhe. Die Spekulanten schrecken selbst von Manipulationen nicht zurück. So werden Nahrungsmitteln zu Geldanlagen, die mit der Realwirtschaft längst nichts mehr zu tun haben. Die ursprünglich zwischen Landwirt, Händler und Zwischenhändler angestrebte Preisstabilität, schlägt mit der Masse ins Gegenteil von der Sicherheit. Die Preisstürze treffen ganze Bevölkerungskreise und diese in den Hunger.



In den Jahren 2007/08 erzielten die Spekulanten infolge des Futureshandels Spitzenpreise. In 30 Länder gab es Hungeraufstände mit verheerenden Folgen. 2011 hat sich das ganze Trauerspiel wiederholt. In den Entwicklungsländern müssen die Menschen bis zu 80% ihres Einkommens für die Nahrungsmittel aufwenden, während bei uns die Nahrungsmittel ca. 10% des Haushalteinkommens ausmachen. Wir können Preissteigerungen demnach verkräften, aber in Entwicklungsländern entstehen dadurch Katastrophen.

Für die Initiative setzen sich ganz viele Organisationen ein. Bürgerliche Parteien sind leider dagegen. Auch wenn die kleine Schweiz nicht viel ausrichten kann, wäre dies ein Zeichen in die Welt hinaus, ein Zeichen gegen den Hunger, für mehr Gerechtigkeit und etwas mehr Selbstbestimmung für die betroffene Bevölkerung in vielen Ländern.

Nochmals, die Initiative verbietet nicht jegliche Spekulationen, sondern es geht einzig und alleine um die Nahrungsmittel.

Das Parlament und der Bundesrat argumentierten, den Welthunger müsse man bekämpfen, jedoch nicht die kleine Schweiz hat dies zu machen, sondern die ganze Welt. So schiebt man natürlich alles auf andere, nur wir nicht, man könne nichts tun, die Schweiz sei zu klein. Der grosse Finanzplatz in der kleinen Schweiz, in der die grössten Spekulationsfirmen ihre Sitze haben, könnte sehr wohl viel bewirken gegen den Hunger auf der Welt. Denn sie ist Dreh- und Angelpunkt des Handels und ihrer Nähe zu den Banken. Die Schweiz spielt also eine ganz grosse Rolle.

Ich bitte euch für die Initiative ein Ja einzulegen und danke dafür. (Applaus)

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten einstimmig die JA-Parole.

Diskussion: keine Wortbegehren

Beschluss: Die Delegierten beschliessen einstimmig die JA-Parole zur Volksinitiative vom 24. März 2014 «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln! »

4. Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (**Sanierung Gotthard-Strassentunnel**) vom 26. September 2014

Pro: Hans Grunder, Nationalrat (BDP) HG
Kontra: Philipp Hadorn, Nationalrat (SP) PH
Moderation: Manfred Joss, Chefredaktor Radio 32 MJ

Manfred Joss moderiert das Streitgespräch:

Geschätzte Damen und Herren, auch von meiner Seite begrüsse ich sie ganz herzlich und danke für die Anfrage für die Moderation über Pro und Kontra zur Frage des Gotthardtunnels. Ich habe diese sehr gerne angenommen.

MJ: Herr Grunder, sie sind sicher auch ab und zu im Tessin unterwegs. Mit welchem Gefühl fahren sie jeweils durch den Tunnel?

HG: guten Abend. Wenn ich mit dem Auto ins Tessin fahre, versuche ich den Tunnel, wenn immer möglich, zu umfahren. Im Tunnel drin fühle ich mich mit dem Gegenverkehr sehr unwohl und eingeengt. Der Gotthardtunnel ist einer der längsten Autotunnel der Welt und bedarf aus Sicherheitsgründen einem Ausbau.

MJ: Herr Hadorn, wie geht es ihnen bei einer Durchfahrt?

PH: in der Regel benutze ich den öffentlichen Verkehr. Allerdings mag ich mich erinnern, als ich mit der Freundin in den 90-er Jahren mit dem Florett durch den Tunnel gefahren sind, fanden wir diesen schon ein bisschen lang.

MJ: aber aus Sicherheitsgründen gibt es auch aus ihrer Sicht Handlungsbedarf? Eine zweite Röhre böte doch mehr Sicherheit.

PH: Es ist klar und notwendig, dass der Gotthardtunnel gut und ausreichend unterhalten werden muss. Und natürlich muss er sicher bleiben. Aber ich gestatte mir eine Anmerkung: aufgewachsen bin ich in Selzach, nahe der damals berüchtigten Todesstrecke zwischen Solothurn und Grenchen – da gab es mehr Todesfälle als im Gotthardtunnel. Aber es ist klar, dass jede Infrastruktur so sicher sein soll wie nur möglich und sinnvoll. Dafür steht eine ganze Reihe von technischen Massnahmen, wie die versenkbaren Mittelleitplanken zur Verfügung.



MJ: genügt dies Herr Grunder?

HG: also gut, die versenkbaren Leitplanken sind wirklich eine Schnapsidee. 1. wurde eine Solche noch nie erstellt und 2. führen Verengungen zu weniger Sicherheit, dies kennt man von Baustellen. Und zudem darf man auch die Tunnellänge nicht unterschätzen. Durch die Leitplanken werden die Spuren enger und dadurch gibt es noch weniger Platz, also ähnlich wie in einer Baustelle auf einer gewöhnlichen Autobahn. Im Übrigen sind mir keine weiteren Massnahmen zur Sicherheitsverbesserung bekannt, eine Verbreiterung des bestehenden Tunnels ist unmöglich.

PH: zum Thema Massnahmen – selbstverständlich stehen weitere Massnahmen zur Verfügung: man kann die Temperaturen messen, die Geschwindigkeiten steuern usw. Natürlich sind diese mit Einschränkungen verbunden, aber wenns um die Sicherheit geht, müssen dafür auch Kompromisse eingegangen werden. Auffahrunfäl-

le wird es auch danach noch geben, wie auf allen Strassen, ob auf offener Strasse oder in Tunnels.

HG: das ist ja eine schwierige Diskussion, denn es handelt sich hier um eine Glaubensfrage. Die Vorlage sagt ganz klar und deutlich: Kapazitätssteigerungen sind gemäss Verfassung (Alpenschutzartikel) nicht erlaubt und diesbezüglich wird sich auch mit einer zweiten Röhre nichts ändern. Es geht einzig und alleine um eine richtungsgerechte Strassenführung – aus Sicherheitsgründen. Die Bundesverfassung gilt, bis diese die Bevölkerung ändert, Punkt! Eine Kapazitätserweiterung ist ja gar nicht erwünscht, die Verlagerung der Güter funktioniert und das Dosierungssystem ebenfalls. Ich sehe das Problem der Gegner nicht.

PH: Hand aufs Herz, es soll eben keine Glaubensfrage für oder gegen Individual- respektive öffentlichen Verkehr sein, sondern um Fakten. Letztendlich muss eine zweite Röhre auch finanziert werden. Erst kürzlich hat das ASTRA einen Bericht veröffentlicht der aufzeigt, dass der Tunnel während einer Sanierung in den nächsten 20 Jahren keinen einzigen Tag geschlossen werden muss, demnach wesentlich kostengünstiger als eine neue Röhre.

MJ: in der Vorlage steht ja, es gebe keine Kapazitätserweiterungen, die Gegner sagen hingegen, mit der zweiten Röhre werde der Druck derart gross werden, dass die dadurch entstehenden freien Spuren für den Verkehr freigegeben werden, wie sehen sie das?



PH: vor 12 Jahren hat Doris Leuthard gesagt, es sei naheliegend und wahrscheinlich, dass bei einer zweiten Röhre der Druck so gross werde, dass die freien Spuren frei gegeben werden. Heute behauptet sie das Gegenteil. Hand aufs Herz, auch wenn es sich um ein Feiertag- und Ferienproblem handelt, wird es mit dem heutigen Verkehrsregime weiterhin viele Stautunden geben, auch nach dem Bau einer zweiten Röhre. In 20 Jahren werden die Leute kommen und sagen: jetzt haben 4 Milliarden

Franken investiert, haben freie Spuren und dürfen diese nicht befahren. Das versteht ja wirklich niemand und solch teure Pannestreifen kann sich wohl nur die Schweiz leisten. Aber es ist richtig, dafür bräuchte es eine Volksabstimmung, denn der Alpenschutzartikel steht in der Verfassung.

HG: in 20 Jahren werden so oder so andere Probleme in der Mobilitätsfrage haben. Ich bin jetzt schon mit dem Elektroauto unterwegs und ich bin überzeugt, dass in dieser Hinsicht die Entwicklung rasant sein wird. Aber bei den Finanzen hat Philipp natürlich nicht recht. Bezüglich der 4 Mia. Musst du dich noch erklären. Für mich hat die Sicherheit absolute Priorität, da muss man etwas machen. Die richtungsgetrennte Strassenführung bietet hier die Lösung an. Der Selisbergtunnel beweist es doch klar, auch deren Statistiken im Vergleich, er ist um ein Vielfaches sicherer. Zudem kommt noch hinzu, dass wir das Tessin mit diesen Stausituationen doch einfach diskriminieren.

MJ: Herr Grunder, wenn in einigen Jahren die Situation herrscht, dass der Druck die 2. Spur zu öffnen gross wird, würden sie dann nachgeben?

HG: Nein, ich habs ja schon gesagt. Mir geht's um die Sicherheit und ich würde gegen eine Öffnung stimmen. Wir haben mit der Menge auch gar kein Problem, denn die Zahlen beweisen dies. Bezüglich Güterverkehr wird es mit Sicherheit neue Ansätze geben, der Verkehr auf der konventionellen Strasse wird abnehmen, denn in Zukunft werden die Güter wohl unterirdisch auf Förderbänder transportiert.

PH: ich bin auch überzeugt, dass es bezüglich des Verkehrs neue Möglichkeiten geben wird. Noch zu den 4 Mia. Franken, Hans Grunder, auch du weisst, dass es für jedes Gerät oder jedes Bauwerk auch einen Unterhalt braucht. Diese Kosten gehen oft «vergessen» und sind deshalb auch nicht ganz ehrlich. Und dann, wenn man schon so sicher ist, dass die Fahrbahnen nicht freigegeben werden, warum baut man denn nicht nur eine Spur mit einem schmaleren Pannestreifen? Die Planung ist so ausgerichtet, dass beide Spuren benutzt werden können, das ist Fakt.

MJ: Der Transparenz halber muss man erwähnen, dass Herr Grunder ein Ingenieurbüro besitzt und bei der Planung der 2. Röhre allenfalls profitieren könnte. (Gelächter)
Die Gegner sagen immer wieder, die 2.1 Mia. fehlen für dringende Investitionen im bereits bestehenden Strassennetz. Was sagen sie dazu Herr Grunder?

HG: das wird immer wieder gesagt, aber stimmt natürlich nicht. Es geht hier um das Nationalstrassennetz, dies ist eine separate Kasse. Man muss auch sehen, dass ein Strassentunnel alle 30-40 Jahren saniert werden muss. Bauen wir den Tunnel nicht, haben wir in regelmässigen Abständen diese Diskussion, wie wir nun die Sanierung durchführen. Ohne 2. Tunnel schneiden wir während einer Sanierung das Tessin für jeweils ca. 300 Tage ab.

PH: das stimmt doch nicht, schauen wir ins Wallis mit dem Lötschbergtunnel, da klappt es mit dem Autoverlad prima, wie dies auch am Gotthard der Fall wäre.

HG: würde man am Gotthard einen Autoverlad einrichten, bräuchte dies Unsummen an Land und somit ganz bestimmt nicht ökologisch umsetzbar.

MJ: Herr Hadorn, was meinen sie zu dieser Kostengeschichte?

PH: die Unterhaltskosten müssen selbstverständlich miteingerechnet werden und Hans du sagst ja selbst, dass jeweils nach ca. 35 Jahren eine Gesamtanierung notwendig sei. Demnach ist es doch sonnenklar, dass diese Kosten dazu gehören. Und klar bräuchte einen Autoverlad Land, aber der Ausbau auf 2 Spuren würde ja auch nicht auf dem Luftweg bewerkstelligt, braucht Zufahrtsstrassen, Deponieplätze, Baustellen-Einrichtungen usw. Wie hoch die Unterschiede sein werden, kann jetzt wohl niemand genau sagen, aber mit Sicherheit würde die 2. Röhre im Gegensatz zu einer Sanierung nicht gerade billig. Und diese 1,6 Mia. Kosten für den Unterhalt hat ein renommiertes und nicht gerade günstiges Ingenieurbüro errechnet. Darauf müssen wir uns stützen können. Und dann gilt es zu erwähnen, wir können den Franken nur einmal ausgeben, wir Solothurner wollen den Weissensteintunnel erhalten, zur bestehenden Infrastruktur Sorge tragen und hier am Gotthard sollen Milliarden verbaut werden.

HG: Jetzt vermischt du aber Apfel mit Birne: wir haben FABI zugestimmt, damit ist die Infrastruktur des öV gesichert, auch ich habe mich dafür eingesetzt. Als SP-ler müsstest du doch glücklich sein, wenn wir anstatt Strassen auf dem Land bauen, jetzt eben eine Röhre bohren.

PH: es braucht viele Investitionen damit bestehende Infrastrukturen sicherer gemacht werden und der Langsamverkehr gefördert werden kann. Nun wird ja am 1. Juni der NEAT-Basistunnel eröffnet und es mutet ja wirklich komisch, dass noch bevor die Schweiz mit dessen Auswirkungen ihre Erfahrungen sammeln kann, soll darüber abgestimmt werden ob nicht ein 2. Strassentunnel gebaut werden soll. Es besteht jetzt die Chance zu beobachten, wie sich der ganze Verkehr durch die Alpen entwickelt, inkl. der Güterverkehr.



HG: du machst schon wieder Vermischungen, hier geht es um eine notwendige Sanierung und nicht um eine Kapazitätserweiterung. Und das Timing passt ja wunderbar. Die NEAT wird eröffnet und mit der Sanierung des Strassentunnels kann mit dem Bau der 2. Röhre begonnen werden.

MJ: ich merke, mich braucht es gar nicht gross. Aber Herr Hadorn, angenommen der Tunnel würde nicht gebaut, wie würden sie das Verkehrsproblem während der Sanierung am Gotthard lösen?

PH: Am 1. Juni wird die NEAT eröffnet, dann wird ein noch grösserer Teil des Güterverkehrs auf der Schien abgewickelt. Und für den Personenverkehr würden Autoverladestationen gebaut, welche wie wir wissen einwandfrei funktionieren und zweitens um ein Vielfaches günstiger sind. Es ist auch klar, dass es für die Infrastrukturen Kultur-land braucht, welches allerdings dann auch wieder zurückgebaut werden und solches nach der Sanierung wieder zur Verfügung stehen werden.

HG: klar ginge dies, grundsätzlich ist alles möglich. Man muss aber auch wissen, diese Investitionen sind dann nur für die Zeit während der Sanierung, danach sind diese ausgegeben und dienen niemandem mehr. Ein 2. Tunnel würde Generationen dienen und erschliesst das Tessin auf lange Zeit.

MJ: Herr Hadorn, ihre Parteikollegin aus dem Tessin, Patricia Pesenti und ein bekannter Gewerkschafter sind klar für die 2. Röhre, was sagen sie dazu?

PH: beim Gewerkschafter habe ich grosses Verständnis, gerade im Bau würde diese Bauwerk für die Bauarbeiter über längere Zeit Arbeitssicherheit geben. Und für das Tessin selbst als Teil der Schweiz, ist es klar dass wir die Verbindung nie unterbrechen dürfen und auch nicht wollen. Auch wir anerkennen das Tessin als einen wichtigen Teil der Schweiz und haben wohl als letzte ein Interesse daran, die dort lebende Bevölkerung zu diskriminieren.

HG: auch dies ist wieder eine Glaubensfrage. Wie würde die rollende Strasse funktionieren? Gäbe es Unterbrüche im Verkehr? Aber diese Sicherheit, diese Anbindung kann selbst die SBB nicht erteilen, könnten sie dies garantieren, bräuchten wir ja gar keinen Strassentunnel mehr.

PH: dies wäre ein gemeinsamer Nenner, ich bin für neue Modelle immer offen.

MJ: dann steigen wir mal in die Diskussion und fragen das Publikum. Das Mikrofon ist offen:

Urs Huber: ich schätze Herr Grunder sehr, aber wenn er sagt es gehe um eine Glaubensfrage – ich bin ja katholisch – da glaubt man allerhand, aber nicht an Märchen. Ich habe mich stark für die Alpeninitiative engagiert und jetzt kann man das Ganze von zwei Seiten ansehen: die eine Seite ist die Sanierung und der andere Fokus sollte man darauf richten, wo geht der Transitverkehr durch die Alpen. Das Volk hat gegen die Meinung aller bürgerlichen Parteien, Parlament und Bundesrat beschlossen, den Alpenschutz in der Verfassung zu verankern. Anlässlich der AVANTI-Initiative wollte man ein weiter Mal den Artikel auszuhebeln, auch dies hat das Volk gegen die Bürgerlichen verworfen. Auch das Tessin hat uns immer recht gegeben. Die Diskussion von heute erscheint so, als ob die Tessiner Bevölkerung seit Jahren auf die zweite Röhre wartet – das stimmt nicht. Als SEV-Sekretär weiss ich, dass es auch hier in der Region Olten einige Arbeitsplätze für den öV gibt. Und wenn die SBB sagt, es brauche die 2. Röhre, dann kommt dies einem Skandal gleich. Sie ist als Firma an zwei Orten direkt betroffen. 1. wenn der Cargo-Verkehr auf der Strasse abgewickelt wird, ist die SBB nachteilig davon direkt betroffen und 2. ist die neue Alpentransversale –

nicht gerade billig – und auch für Europa gebaut, auf Einnahmen aus den Trasse-Gebühren angewiesen. Diese Einnahmen würde man auch verlieren. Die Aussage des SPP Chefs könnte man vergleichen, als würde der Apple-Chef aufrufen, man solle jetzt Samsung kaufen. Ich kann es mir nur so erklären, dass er sich als Sprachrohr seiner Geldgeberin Bundesrätin Doris Leuthard gesehen hat und wäre somit definitiv am falschen Ort. Dies ist das Argument mit den Arbeitsplätzen. Das zweite ist, dass ich nicht glaube, dass die rollende Strasse nicht machbar wäre. Alle Logistiker müssten grossen Interesse daran haben, auf der Strasse Platz zu machen, indem man die Güter auf die Bahn verlegt. Aber davon sind wir weit entfernt, es gibt kaum noch einen Autobahnabschnitt, wo der Verkehr fliegend rollt.

HG: genau mit ihren Argumenten müssten sie ja eigentlich für die 2. Röhre sein und wir wissen beide, dass nur eine Volksabstimmung die zweite Spur freigeben könnte. Und die NEAT wurde nicht nur für Europa gebaut, auch die Schweiz hat davon einen grossen Nutzen. Die Schweiz ist in der Verlagerungspolitik Weltmeister. 60% werden auf der Schiene transportiert.

PH: du weisst ganz genau, dass die Zielvorgaben der Alpeninitiative nicht eingehalten worden sind und wir sind uns zu schade, nicht einmal Massnahmen umzusetzen diesem Ziel etwas näher zu kommen.

Daniel Thommen: ich kann mich mit beiden Seiten etwas einverstanden erklären. Ich bin jedoch bereit für mehr Sicherheit und zur Verhinderung von volkswirtschaftlichen Kosten für Bergungen schwerer Unfälle, Einsatzkräfte, Arbeitsausfälle usw. etwas zu zahlen. Dafür werde ich ein Ja in die Urne einlegen.

PH: ich bin auch für jede Massnahme zur Verhinderung von Unfällen. Aber es wird auch mit einer zweiten Röhre zu Unfällen kommen, leider. Geht man von einer Zunahme von 3% des Verkehrs aus, wären damit alle Sicherheitsaspekte einer 2. Röhre wider hinfällig.

Markus Ammann: ich gebe Herr Grunder teilweise recht, man kann über viele Sachen diskutieren, über Sicherheit, Zahlen und mit einigen Argumenten bin ich sogar einverstanden und kann als Naturwissenschaftler die Berechnungen durchaus nachvollziehen. Aber am Schluss geht es eben doch um eine Glaubensfrage, an was glaubt man mehr. Da habe ich bei den Befürwortern meine grossen Zweifel. Natürlich kann man sagen, die vorhandenen Spuren werden nie befahren werden, selbst ein Papier aus Bruxelles kann diese Bedenken nicht ausräumen. Es ist das Papier nicht wert. In zwei Jahren kann dies alles vollständig anders aussehen. Ich persönlich glaube nicht an die Schönwetterprognosen der Befürworter und lehne die zweite Röhre ab.

Heinz Bolliger: ich kann nicht nachvollziehen, warum man jetzt vor der Inbetriebnahme des NEAT-Basistunnels mit dieser Vorlage kommt. Es braucht doch jetzt erst mal die Erfahrungen wie sich dieser Verkehr entwickelt, einerseits dadurch im Berg, aber auch über dem Berg und auf der alten Eisenbahnstrecke. Als Eisenbahner mag ich mich noch erinnern, als früher am Gotthard verladen wurde. Es wäre absolut kein Problem für die Zeit während der Sanierung eine rollende Landstrasse einzurichten, aber man muss es schon wollen. Ich hätte erwartet, dass man die Eröffnung der Neat abwartet.

Mathias Stricker: ich möchte noch mehr Auskunft über die versenkbaren Leitplanken. Die Gegner sagen es sei machbar, die Befürworter der 2. Röhre sagen, es sei Chabis.

HG: die Entwicklung stammt von einem Ingenieur, ist aber nirgends erprobt und kostenmässig nicht berücksichtigt. Ich glaube schon, dass dies technisch machbar ist aber wie gesagt, es braucht Platz, wirkt einengend und allenfalls würden diese auch als Hindernisse für Bergungskräfte darstellen.

PH: es ist unbestritten, dass die Technik funktioniert, wäre aber nicht ganz günstig.

Cedric Branchi: ich habe mich noch nicht entschieden, sprechen die Befürworter überzeugt mich das, sprechen die Gegner, denke ich der Tunnel sei wirklich überflüssig. So wirkt sich das bei mir in einem Hin und Her aus. Aber ich habe ein Stimmrecht und ich möchte mich für eine Meinung entscheiden, denn ich kann ja nicht schreiben «ich bin mir nicht sicher». Die Diskussion war spannend und die Kontrahenten haben mich beide überzeugt, wie dies in der Politik sein soll. Bis ich dann abstimmen muss, habe ich dies alles wieder vergessen, deshalb bitte ich euch mich als Unentschlossenen in einem Satz zu überzeugen.

HG: für mich ist jedes verlorene Menschenleben im Tunnel eines zu viel, deshalb braucht es die 2. Röhre.

PH: eine Entscheidungshilfe könnte sein, wem man mehr Vertrauen schenkt: jenen die sich seit Jahren für den Alpenschutz einsetzen, oder jenen die sich einseitig für die Autolobby stark machen.

MJ: vor Kurzem gab es eine Umfrage, die Vorlage dürfte mit 2:1 Stimmen angenommen werden. Ist das Rennen schon gelaufen, wie sieht ihr das?

HG: Nein, überhaupt nicht, es handelt sich um eine Umfrage und das Resultat steht am 28. Februar fest, bis dahin setzen wir uns für die Vorlage und für mehr Sicherheit ein.

PH: die Umfrage soll uns als Ansporn dienen uns noch mehr gegen diese Fehlinvestition einzusetzen und versuchen die Stimmbevölkerung davon zu überzeugen, dass es sich bei dieser Vorlage um mehr geht als nur um Sicherheit.

Manfred Joss: vielen Dank für die Diskussion, die Aufmerksamkeit und gebe somit das Wort an die Präsidentin für die Parolenfassung.

Franziska Roth dankt allen Referentinnen und Referenten und überreicht allen eine Flasche Rotwein.

Antrag Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten einstimmig die NEIN-Parole.

Beschluss: Die Delegierten beschliessen bei 6 JA-Stimmen grossmehrheitlich die NEIN-Parole zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel) vom 26. September 2014

Alle Referentinnen und Referenten (v.l.n.r)



Franziska Roth, Markus Ammann, Bea Heim, Susanne Schaffner, Hans Grunder, Roberto Zanetti, Philipp Hadorn, Manfred Joss

7. Varia

Franziska Roth:

- Der nächste Parteitag ist am 28. April in Subingen «100 Jahre SP Subingen».
- Am 6. März feiert die SP Subingen ihr 100-jähriges Jubiläum.
- Bitte Abstimmungsmaterial mitnehmen, es hat genügend und verteilt es.

Keine weiteren Wortbegehren.

Herzlichen Dank für die Bewirtung und das Gastrecht an die SP Dulliken

Der Parteitag ist geschlossen: Applaus

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 21. März 2016